

Umstrittene Paten Oldenburger Straßennamen in der Diskussion

Protokoll der Veranstaltung am 11. März 2015, 19 Uhr
Kulturzentrum PFL, Seminarraum 2

Podium

Moderation: Uwe Fischer (Kulturreferent Akademie der Ev.-Luth. Kirche Oldenburg)

Vertretung der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg: Prof. Dr. Dietmar von Reeken und Jun.-Prof. Malte Thießen (beide Institut für Geschichte)

Vertretung der Stadtverwaltung: Christiane Cordes (Amtsleiterin des Kulturamtes)

1. Zu Beginn der Veranstaltung macht die Presse ein Foto der Veranstalter.
2. Begrüßung durch Uwe Fischer mit Vorstellung des Podiums und des Ablaufs
 - Der Moderator befragt die Anwesenden danach, wer Anwohner in den an diesem Abend zur Diskussion stehenden Straßen ist; Resultat: etwa ein Drittel der anwesenden Personen sind Anwohner.

3. Frau Cordes erläutert anhand einer Power Point Präsentation die Chronologie der bisherigen Debatte um die Straßennamen (siehe auch <http://www.oldenburg.de/strassennamen>). Sie erläutert die nächsten Schritte des Verfahrens sowie die möglichen Konsequenzen einer Umbenennung von Straßen. Erklärtes Ziel der geplanten drei Veranstaltungen sei es, das Stimmungsbild in der Bevölkerung für bzw. gegen die Umbenennung von Oldenburger Straßen wahrzunehmen. Das Votum der Bürger werde die Grundlage für die Entscheidung des Rates der Stadt über die Straßennamen bilden.

4. Diskussion

Auf die Frage aus dem Forum nach den Bedingungen der Ausschreibung zur Studie über die Straßennamen, die letztlich die Universität Oldenburg durchgeführt hat, antwortet Frau Cordes, dass eine wissenschaftliche Studie habe erstellt werden sollen und die Universität hierfür die ausgewiesene Adresse in der Stadt Oldenburg sei. Der Fragende wendet ein, dass eine Doktorarbeit immer mit einer Zielvorgabe einhergehe und deshalb eine Bewertung durch die Wissenschaftler erfolgen würde.

Herr von Reeken stellt richtig, dass es sich bei der Studie nicht um eine Doktorarbeit handele, sondern um eine Auftragsarbeit der Stadt Oldenburg. Die Wissenschaftler der Universität Oldenburg seien mit der Recherche zum Thema beauftragt worden und hätten vertraglich keine inhaltlichen Vorgaben erhalten. Herr Thießen ergänzt, dass die Universität Oldenburg die Wissenschaftler für diese Studie ausgewählt habe und bei der Auswahl der Historiker u.a. ausschlaggebend gewesen sei, dass diese über Kenntnisse in der Archivrecherche verfügten.

Ein Beitrag aus dem Forum ergänzt, dass die Studie absolut urteilsfrei und lediglich eine Zusammenstellung von Fakten und biografischem Material über die jeweiligen Personen sei.

Frage aus dem Forum: Mit welcher Legitimation habe die Stadt die genannte Studie in Auftrag gegeben? Seien denn die Oldenburger Bürger überhaupt an der Bearbeitung des Themas Straßennamen interessiert? Heute sei doch gar nicht mehr zu bewerten, ob die Namensgeber damals im Dritten Reich Fehler gemacht hätten. Vor der Studie hätte eine Bürgerbefragung durchgeführt werden sollen. Darin liege doch schon der Geburtsfehler der ganzen Aktion.

Ein Vertreter des Rates im Forum weist darauf hin, dass die diesbezügliche Initiative des Rates der Stadt durch die repräsentative Demokratie legitimiert sei.

Anmerkung aus dem Forum: 70 Jahre nach der NS-Zeit sei es schwer, die Zwänge der Menschen in dieser Zeit zu beurteilen. Die Straßen seien seinerzeit doch auch von den Politikern der Stadt Oldenburg benannt worden, sie hätten sich doch ihre Gedanken dazu gemacht. Wenn nun Straßen umbenannt werden sollten – was durchaus legitim sei – dann müssten die jeweiligen Anwohner mit einbezogen werden.

Kritik aus dem Forum: Die Diskussion um die Oldenburger Straßennamen habe das PFL nie verlassen. Man hätte vorab Diskussionen in den Stadtvierteln führen müssen. Am Beispiel von Hinrich-Wilhelm Kopf zeige sich doch, wie viele Menschen, die in der NS-Zeit aktiv gewesen seien, diese Aktivitäten nach 1945 erfolgreich verschleiert hätten. In den 1980/90er Jahren sei bei zahlreichen Oldenburger Geschäften das 50-jährige Bestehen gefeiert worden. Wer habe denn damals darüber nachgedacht, dass die Gründung dieser Geschäfte dann wohl in den 1930er Jahren bzw. 1938 erfolgt sein müsse.

Mit Bezug auf die Legitimation der Studie sagt Herr Fischer, dass die Aufarbeitung der Geschichte immer auch die jeweils aktuelle gesellschaftliche Situation widerspiegeln. Heute sei anderes Quellenmaterial zugänglich und deshalb würden neue Erkenntnisse über die NS-Zeit und bestimmte Personen vorliegen.

Impulse zum Einstieg in die Diskussion um **Hinrich-Wilhelm Kopf** von Herrn von Reeken:

- Vor einigen Jahren wäre die Person Kopf noch kein Thema für eine Untersuchung über ihre Verstrickung in die NS-Zeit gewesen.
- Kopf war SPD-Mitglied und nach dem Krieg zunächst Regierungspräsident in Hannover. Ab 1946 war er Ministerpräsident des Landes Hannover und überdies von 1947-55 und von 1959-1961 Ministerpräsident von Niedersachsen.
- Bereits 1945 habe es Vorwürfe gegen Kopf gegeben, die mit seinem Engagement in Polen während der NS-Zeit zusammenhingen.
- Dr. Teresa Nentwig habe eine ca. 900 Seiten umfassende Doktorarbeit über Kopf vorgelegt, die sich mit der Person Hinrich-Wilhelm Kopf befasse. Nur ca. 40 Seiten dieser Arbeit thematisierten Kopfs Leben und Engagement in der NS-Zeit. Frau Nentwig habe Kopf in ihrem Vortrag vom Januar 2014 im PFL (Vortrag siehe <http://www.oldenburg.de/startseite/stadtportrait/strassennamen-debatte/vortragsreihe-von-stadt-und-universitaet.html>) als effizienten Geschäfts- und Verwaltungsmann beschrieben. Er sei an Arisierungen in Polen beteiligt gewesen, doch sei der exakte Umfang seiner Beteiligung

daran nicht bekannt. Allerdings habe sein Unternehmen floriert, was auf erfolgreiche Arisierungsläufe schließen lasse.

- Juden sagten nach dem Krieg aus, dass Kopf sich in diesen Arisierungsprozessen fair verhalten habe.
- Kopf sei von 1939-1943 als Vermögensverwalter für die Haupttreuhandstelle Ost in den Ostgebieten tätig und hier für den Besitz der Vertriebenen zuständig gewesen. Von 1941-1945 war er kommissarischer Verwalter des jüdischen Gemeindevermögens im Dorf Cieszowa. Diese Tätigkeiten und sein Erfolg bei diesen Unternehmungen ließen sich durch Quellen in polnischen Archiven nachweisen.
- Kopfs Honorarabrechnungen mit seinen Auftraggebern hätten zeitweilig zu Konflikten geführt.
- Als Verwalter jüdischen Grundbesitzes habe er Grabsteine des jüdischen Friedhofes in Cieszowa verkauft, die in der damaligen Zeit häufig für den Straßenbau verwendet worden seien.
- Diese Schändung des jüdischen Friedhofes lasse sich nachweisen, bewerten müssten die Oldenburger Bürger diese Tat.

siehe Studie:

http://www.oldenburg.de/fileadmin/oldenburg/Benutzer/PDF/30/Dokumentation_Oldenburger_Strassennamen_Endfassung_6.No_.pdf

Ergänzung aus dem Forum: Frau Dr. Nentwig nehme in ihrem Vortrag Bezug auf ein Schreiben, in dem sich Kopf über die „schlampige“ Arbeit der polnischen Arbeitskräfte beschwerte; dies werde hier nicht erwähnt. Herr von Reeken erwidert, dass er solche Details in seinen Ausführungen als effiziente Arbeitsweise von Kopf bezeichnet habe.

Ein Einwand aus dem Forum: Frau Dr. Nentwig habe das Thema der Besitztümer der vertriebenen Deutschen ignoriert als er sie beim Vortrag im PFL darauf angesprochen habe. Frau Nentwigs Doktorarbeit sei durch den jetzigen Niedersächsischen Ministerpräsident Stephan Weil protegiert worden. Laut einer Presseerklärung vom 6.6.2013 solle Weil gesagt haben, dass Kopf das jüdische Gemeindevermögen in dem polnischen Dorf Cieszowa verwaltet und in dieser Funktion auch die Grabsteine des jüdischen Friedhofes verkauft habe. Stolz habe Kopf seinem Vorgesetzten letztlich den Erlös von 6.000 Reichsmark präsentiert. Die Grabsteine seien anschließend für den Straßenbau verwandt worden. Diese von ihm vorgetragene Äußerung Weils empfinde der Fragesteller als Todesstoß und Meuchelmord des jetzigen Ministerpräsidenten an dem verstorbenen und wirklich großen Vorgänger im Ministeramt, Hinrich-Wilhelm Kopf.

Weiterhin sei zu erwähnen, dass gemäß §2 der „Arisierungs-VO“ ergebe, bei Vermögen von Juden die Beschlagnahme auszusprechen gewesen sei, was bedeute, dass die Juden automatisch entrechtet und enteignet waren und Kopf bei schweren Verstößen gegen diese Verordnung maximal die Todesstrafe zu erwarten gehabt hätte.

Der Fragesteller verweist auf die seiner Meinung nach wirklich glaubhafte Internetseite „Virtuelle Sztetl“ hin, die belege, dass gegen Ende des 19. Jh. alle Juden das Dorf Cieszowa verlassen hätten und 1905 kein Jude mehr dort gelebt habe. 1911 sei die Synagoge des Dorfes aus ungeklärten Gründen abgerissen worden, der Friedhof aber erhalten geblieben. Im Zweiten Weltkrieg sei der Friedhof gemäß dieser Internetangaben seiner Zerstörung entgangen. Daraus sei zu folgern, dass Kopf gar nicht an der Friedhofsschändung bzw. am Verkauf von

Grabsteinen beteiligt gewesen sein könne, denn das hätte nicht stattgefunden. Vielmehr werde es seiner Meinung nach wohl so gewesen sein, dass Kopf mit einer riskanten Falschmeldung über den Verkauf der Grabsteine diese gerettet und deswegen Gutes getan habe.

Herr von Reeken stellt einige der Behauptungen richtig und fordert Redlichkeit im Umgang mit der Historikerin Frau Nentwig: So habe sie nicht behauptet, die von Kopf verkauften Grabsteine seien für den Straßenbau verwendet worden, sondern sie habe es deutlich als eine Möglichkeit formuliert, weil ein solcher Vorgang in der NS-Zeit allgemein üblich gewesen sei. Frau Nentwig könne diesbezüglich auch nicht für die angeführte Pressemitteilung von Herrn Weil verantwortlich gemacht werden.

Kopf habe lt. Quellen nur einen Teil der Grabsteine vom jüdischen Friedhof des Dorfes Cieszowa verkauft. Dieser Verkauf lasse sich hingegen anhand eines von Kopf verfassten und gezeichneten Schriftstückes belegen.

Einwand aus dem Forum: Er habe oftmals mit Überlebenden des Holocaust Reisen nach Polen an die Städte ihrer Vorfahren unternommen, sogenannte „Reisen an die Wurzeln“. Daher kenne er die Internet-Seite „Sztetl“ gut. Die Einträge dort änderten sich häufig. Es handele sich um eine Sammlung die ständig im Fluss sei, und von vielen engagierten Beteiligten stetig ergänzt und erweitert werde. [siehe <http://www.sztetl.org.pl>, Anm. der Protokollanten]

Beitrag aus dem Forum: Jüdische Grabsteine müssten in ihrem historischen Kontext betrachtet werden, um ihre Schändung richtig zu verstehen. Anders als in unserem Kulturkreis seien jüdische Friedhöfe für die „Ewigkeit“ angelegt, die dauerhafte Totenruhe gelte hier als unantastbar. Das Entfernen, Wiederverwerten bzw. Schreddern von Grabsteinen sei in diesem Kontext unvorstellbar – ein solches Vorgehen würde aber wohl auch in unserer Kultur Unverständnis hervorrufen.

Anmerkung aus dem Form: Über den tatsächlichen Tathergang bezüglich der jüdischen Grabsteine gebe es Ungereimtheiten und es bleibe fraglich, warum dann dieser Aspekt der Friedhofschändung bzw. der Grabsteinveräußerung in der Presse von Herrn Weil so groß platziert worden sei. Hierzu solle Prof. Mahrenholz, der ja schon als Kritiker von Frau Nentwig aufgetreten sei – befragt und gehört werden. Die Stadt müsse ihn als Zeitzeugen zum Gespräch einladen, da er Herrn Kopf persönlich gekannt habe.

Anmerkung und Frage aus dem Forum: Die Bedingungen, unter denen die Grabsteine verkauft wurden, seien nicht eindeutig. Warum beginne die Stadt trotzdem eine solche Diskussion? Wenn sich Wissenschaftler damit befassen würden, so sei das in Ordnung. Aber die Stadt habe dringendere Probleme, anstatt dafür Geld auszugeben und Personal zu beschäftigen. Warum werde diese Diskussion für so wichtig gehalten? Sei sie wichtiger als die Sanierung der Schulgebäude oder die Lösung der Mülltonnenproblematik? Diese Diskussion solle nun wieder heruntergefahren und die Lebensleistung der Personen solle geachtet werden. Schließlich plädiere auch die historische Kommission für die Beibehaltung der Benennungen. Die Hinrich-Wilhelm-Kopf-Straße solle nicht umbenannt werden. Hier würden hauptsächlich Rentner wohnen, die keine Lust hätten, sich mit den Folgen einer Umbenennung – wie der Änderung aller Papiere – auseinanderzusetzen. Die Anwohner dieser Straße wollten das nicht.

Herr Fischer weist erneut darauf hin, dass es hier nicht um eine Straßenumbenennungsdebatte gehe. Vielmehr sei das Ziel, gemeinsam herauszufinden, wie mit den Straßenpaten umgegangen werden solle, die in der NS-Zeit gelebt und agiert hätten. Die Stadt wolle darüber mit ihren Bürgern ins Gespräch kommen und die Geschichte zum Thema machen. Immerhin sei der Nationalsozialismus das größte Verbrechen, welches Menschen einander und sich selber angetan hätten.

Beitrag aus dem Forum: Auch der Name der Stadt „Oldenburg“ müsse geändert werden. Denn Oldenburg sei die erste Stadt gewesen, deren gewählte Vertreter im Stadtrat bereits 1932 mehrheitlich Nationalsozialisten gewesen seien. Herr Fischer betont, dass sich die Stadt dieser Tatsache stellen müsse.

Ein Beitrag aus dem Forum weist darauf hin, dass Kopf Landesvater gewesen sei und Verdienste für das Land erworben habe. Der ihm gemachte Vorwurf, er habe den Landtag belogen, sei nicht haltbar. Vielmehr habe er in Zusammenhang mit den von Polen im Jahr 1948 erhobenen Vorwürfen nur das sagen können, was die Engländer ihm vorgegeben hätten

Anmerkung aus dem Forum: Die Ratsmitglieder sollten bitte zur Kenntnis nehmen, dass die Anwohner der Hinrich-Wilhelm-Kopf-Straße keine Umbenennung wollen würden.

Herr Thießen wendet ein, dass es Historikern bei ihren Recherchen nie um eine moralische Verurteilung gehe. Auf der Grundlage von Quellen würden die Taten von Personen dargestellt. Auch Frau Nentwig habe keine moralische Verurteilung vorgenommen. In diesen Diskussionsrunden solle es vielmehr darum gehen, ob nach den heutigen Erkenntnissen über geschichtliche Ereignisse und bestimmte Personen diese noch geehrt werden sollten. Es würden hier keine Argumente für oder gegen eine Umbenennung vorgetragen, weil es um die Diskussion mit den Bürgern gehe und nicht um eine Entscheidung.

(Protokollnotiz: Die Anwohner der Hinrich-Wilhelm-Kopf-Straße überreichen den Vertretern der Verwaltung nach der Veranstaltung eine Unterschriftenliste gegen eine Umbenennung ihrer Straße.)

Impulse zum Einstieg in die Diskussion um **Theodor Pekol** von Herrn Thießen:

- Die Forschungen zur Person Theodor Pekol haben sich seit der Benennung der Straße im Jahr 1962 sehr verändert. Pekol sei eine Identifikation stiftende Figur für die Stadt Oldenburg.
- Es sei erwiesen, dass Pekol systematisch niederländische, französische, polnische, belgische und russische Zwangsarbeiter in seinem Unternehmen eingesetzt habe. Auch habe das Transportunternehmen Pekol die Fahrten der Zwangsarbeiter zu den Einsätzen in Oldenburg und in der Region übernommen. Zwangsarbeiter seien zwar überall im Reich eingesetzt worden, doch solle dieser Aspekt in Bezug auf Pekol diskutiert werden.
- Im Jahr 1941 habe Pekol mit seinem Unternehmen auch die verkehrstechnische Räumung des im Kloster Blankenburg ansässigen Gertrudenheims übernommen. Hier waren u.a. „geistesschwache und epileptische Kinder“ untergebracht, die durch Pekol an andere Orte und Heime abtransportiert worden seien. Etwa 50% dieser 285 Kinder verstarben in den Orten, in die sie transportiert wurden.

- Pekol sei kein direkter Nutznießer dieser Transporte gewesen, war aber ein Teil der Aktion. Eine Bewertung darüber müssten die Bürger der Stadt vornehmen.
- Pekol habe seine Briefe stets mit Heil Hitler beendet, sei aber kein NSDAP-Mitglied gewesen sondern nur im NSV (Anm. NS Volkswohlfahrt) und anderen Massenorganisationen.
- Pekol sei 1948 vom Entnazifizierungshauptausschuss der Stadt Oldenburg als „entlastet“ eingestuft worden. Weitere Überprüfungen seien deshalb nicht vorgenommen worden. Es müsse hierbei bedacht werden, dass die zweiten Durchgänge der Entnazifizierungsverfahren von Deutschen anstatt von Alliierten vollzogen worden seien und in diesen fast alle Personen entnazifiziert wurden.
- Von der britischen Militärregierung sei Pekol nach dem Krieg hingegen als „strong Nazi supporter“ bezeichnet worden, was u.a. aus dem Bericht eines niederländischen Zwangsarbeiters folgte, der Pekol der Zusammenarbeit mit der Gestapo beschuldigt habe

siehe Studie

http://www.oldenburg.de/fileadmin/oldenburg/Benutzer/PDF/30/Dokumentation_Oldenburg_Strassenamen_Endfassung_6.No_.pdf

Hinweis von Herrn Fischer an das Forum: Sie müssen nun entscheiden, wie Sie diesen Einsatz von Zwangsarbeitern beurteilen.

Frage aus dem Forum: Wurden Menschen wie Pekol zu ihren Lebzeiten nach ihren Aktivitäten im Dritten Reich befragt? Mussten sie sich jemals diesen Vorwürfen stellen?

Anmerkungen eines ehemaligen Angestellten von Pekol aus dem Forum: Er sei von 1958-96 bei Pekol angestellt gewesen. Dieser habe sowohl in der Stadt als auch bei all seinen Mitarbeitern hohes Ansehen genossen. Frau Pekol habe oft und gern über die Entstehungsgeschichte des Unternehmens erzählt. Ein Zeitzeuge habe ihm berichtet, dass Zwangsarbeiter einmal Äpfel aus einem Garten gestohlen hätten und daraufhin geschlagen worden seien – aber nicht von Pekol. Pekol habe sich auch auf dem Gebiet technischer Entwicklungen hervorgetan und diverse Patente angemeldet. Er selbst habe von der Fa. Pekol für den Bau seines Hauses ein zinsloses Darlehen bekommen, wofür er der Fa. Pekol bis heute dankbar sei.

Frage aus dem Forum: Gibt es in den Quellen zu Pekol eine Korrespondenz zwischen Pekol und der Gestapo zum Thema Zwangsarbeit?

Herr Thießen antwortet darauf, dass die Angelegenheiten der Zwangsarbeiter im Dritten Reich generell entweder über die Ortspolizei oder die Gestapo abgewickelt worden seien. Die Aktenlage zu Pekol gebe derzeit keine Erkenntnisse darüber her, außer genannter Aussage des niederländischen Zwangsarbeiters, der die Zusammenarbeit Pekols und der Gestapo angezeigt habe.

Beitrag aus dem Forum: Es müsse zwischen dem Privatmann und dem Unternehmer Pekol getrennt werden. Sei bekannt, ob er die genannten Transporte habe übernehmen müssen? Wer hätte die Transporte sonst übernommen? Habe Pekol mit diesen Transporten Geld verdient?

Herr Thießen bestätigt, dass Pekol als wirtschaftlich denkender Unternehmer natürlich Geld an den genannten Transporten verdient habe.

Auf die Frage aus dem Forum, ob Pekol als städtischer Unternehmer die Transporte hätte ablehnen können, antwortet Herr Thießen, dass Pekol nicht nur Unternehmer in der Stadt Oldenburg gewesen sei, sondern darüber hinaus der verkehrspolitische Sprecher der Stadt Oldenburg.

Anmerkung und Frage aus dem Forum: Welche Wahl habe Pekol denn gehabt? Was wäre passiert, wenn er diese Transporte abgelehnt hätte? Dann wäre sein Lebenswerk zerstört gewesen. Ergänzend dazu aus dem Forum: Im Grunde habe es doch auf jedem Bauernhof hier in der Gegend Zwangsarbeiter gegeben. Eine weitere Ergänzung dazu aus dem Forum: Einige der Zwangsarbeiter seien sogar nach dem Krieg beim Unternehmen Pekol geblieben.

Herr Thießen erwidert auf diese Anmerkungen, dass Pekol nicht in Haft genommen worden wäre, hätte er die genannten Transportaufträge abgelehnt. Die Forschung könne belegen, dass das Argument der negativen Folgen für Verweigerer im Nationalsozialismus nicht haltbar sei und sich nicht anhand von Quellen belegen lasse – obwohl es zur Rechtfertigung immer wieder angeführt werde.

Ein Anwesender im Forum bezweifelt diese Forschungsergebnisse und besteht darauf, dass eine Verweigerung im Nationalsozialismus stets katastrophale Folgen gehabt haben würde. Herr Thießen wiederholt, dass für das Dritte Reich keine Quelle bekannt sei, die genannte Konsequenzen für sich verweigernde Personen eindeutig belegen würde.

Aus dem Forum wird klargestellt, dass es in der Diskussion ausschließlich darum gehe zu beurteilen, ob die Paten der Straßen heute noch und auf der Basis unserer demokratischen Verfassung, Vorbilder für uns sein könnten.

Eine Anmerkung aus dem Forum erweitert die Diskussion um die Person Richard Wagner. Wagner sei einer der ganz großen Komponisten gewesen, der für seine Verdienste um die Musik und die Neuordnung des Musiktheaters verehrt würde. Andererseits sei Wagner bekanntermaßen ein großer Judenhasser gewesen. Möge er also als Mensch charakterliche Schwächen gehabt haben, so habe er als Musiker doch Großes geleistet. Auch bei Ehrungen gelte es, die Schattenseiten einer Person nicht zu verschweigen. Diese dürften aber nicht das alleinige Kriterium sein, sondern die gesamte Lebensleistung sei zur Grundlage zu nehmen.

Einwand von Uwe Fischer: Sie sind aber doch der Meinung, dass auch diese Schwächen beurteilt und bewertet werden sollen?

Beitrag aus dem Forum: Alles in allem sei Pekol ein Menschenfreund gewesen, der wohl auch Zwängen unterlegen hätte.

Impulse zum Einstieg in die Diskussion um **Johann Heinrich Schütte** von Herrn Thießen:

- Schütte sei ein berühmter Luftschiffbauer aus Oldenburg.
- Bereits im Ersten Weltkrieg habe das Luftschiffbauunternehmen Schütte-Lanz eine führende Rolle in der Rüstungsindustrie inne gehabt.

- Seit 1933 sei Schütte als Funktionär für mehrere Bereiche der Luftschiffahrt zuständig gewesen.
- Schütte sei völkisch und national sozialisiert worden
- Sein Engagement in der Rüstung sei belegt, als Geschäftsführer habe er diese maßgeblich verantwortet.
- Noch während der NS-Zeit habe er zahlreiche Ehrungen für sein Engagement erhalten und er sei das Sprachrohr mehrerer Organisationen des NS-Regimes gewesen.
- Im Jahr 1948 habe die Stadt Oldenburg seinen Eintrag aus dem Goldenen Buch gelöscht, da dieser einen eindeutigen NS-Bezug enthalten habe.

siehe Studie:

http://www.oldenburg.de/fileadmin/oldenburg/Benutzer/PDF/30/Dokumentation_Oldenburger_Strassennamen_Endfassung_6.No_.pdf

Frage aus dem Forum nach dem Sinn der Straßenbenennung von 1972, wenn doch der Eintrag von Schütte aus dem Goldenen Buch der Stadt bereits 1948 entfernt worden sei.

Herr Fischer weist darauf hin, dass es ein Erfolg dieser Debatte um die Oldenburger Straßennamen sei, wenn diese zukünftig nicht mehr so leichtfertig vergeben würden und eine Benennung nicht ohne vorherige Prüfung erfolge.

Anmerkung aus dem Forum: Der normale Laie könne nicht verstehen, warum man an der damaligen Vergabe der Oldenburger Straßennamen nun rühren wolle.

Eine direkte Erwiderung aus dem Forum weist auf neue Forschungserkenntnisse zu den Personen hin, die berücksichtigt werden müssten – ähnlich wie bei Pekol und den Transporten zur Räumung des Gertrudenheims.

Anmerkung aus dem Forum: Die Verantwortlichen müssten sich schon im Vorfeld mehr Gedanken bei der Vergabe von Straßennamen machen. Der Prozess der Benennung müsse besser werden. Frau Cordes erwidert darauf, dass sich die Kontrolle seitens des Rates schon verändert habe. Vor der Benennung einer Straße solle zukünftig eine genaue Prüfung dazu stattfinden, ob sich die dafür vorgeschlagene Person für eine solche Benennung auch eigne.

Herr Fischer erwähnt den Oldenburger Lehrer Friedrich Schohusen, der sich als Erster mit den Oldenburger Straßennamen befasst habe [Die Oldenburger Straßennamen. Historisch, topografisch und etymologisch dargestellt, Oldenburg 1977]. Er selber sei Schüler von Schohusen gewesen und wisse aus eigener Erfahrung, dass sich auch sein Lehrer damals nicht für die jeweiligen Personen, nach denen die Straßen benannt waren, interessiert habe. Außerdem hätten die Informationen über die Personen nicht in dem Maße wie heute zur Verfügung gestanden. Heute aber seien ausreichend Erkenntnisse vorhanden, um eine Bewertung darüber vorzunehmen, ob die Lebensleistung einer Person ihre Schattenseiten überwiege.

Anmerkung aus dem Forum, die schon in der vorherigen Diskussionsrunde vom 3. März 2014 vorgebracht wurde: Georg Elser sei ein verurteilter Verbrecher gewesen und nun werde die Benennung einer Oldenburger Straße nach ihm

diskutiert. Frau Cordes unterbricht diesen Beitrag mit dem Vorschlag, darüber im Anschluss der Veranstaltung zu sprechen.

Anmerkung aus dem Forum: Eine Verehrung bzw. Ehrbezeugung sei immer eine Vergrößerung der Darstellung einer Person. Sie umfasse niemals den ganzen Menschen. Er fürchte sich vor einer Zeit, in der jede Generation neu darüber befinde, was aus der Vergangenheit richtig und was falsch sei. Er halte es für geistvoll, wenn sich die Stadt in aller Bescheidenheit dazu durchringen könne, Hinweise sowohl auf die Schattenseiten als auch auf die Verdienste der jeweiligen Personen in den Straßen anzubringen.

Das Forum beklatscht diesen Beitrag.

Fazit der Diskussionsrunde von Herrn Fischer:

- Die gesamte Diskussion um die Umbenennung von Straßen kostet umgerechnet auf alle Einwohner Oldenburgs 0,45 Cent pro Person
- Mit Bezug auf die Frage nach der Legitimität von Studie, Vortragsreihe und Diskussionen soll nochmal folgendes deutlich gemacht werden: Den Historikern geht es nicht um eine moralische Bewertung der Personen, sondern um eine Beleuchtung ihrer Biografien nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen.
- Die Personen haben ihre Taten in der NS-Zeit im Nachhinein verschleiert. Eine Beurteilung ihrer Handlungen können wir nur aus heutiger Sicht vornehmen.
- Es muss festgestellt werden, dass die Personen Kopf, Pekol und Schütte wohl an moralisch nicht einwandfreien Handlungen/Taten für das NS-Regime beteiligt jedoch nicht tief darin verstrickt waren.
- Die Lebensleistung der Paten sollte mit ihren Taten aus der NS-Zeit verglichen werden. Und dann müssen wir entscheiden, ob sie weiterhin unsere Vorbilder sein können/sollen.
- Der Kampf um die Wahrheit ist ein grundsätzlicher, den wir nur gemeinsam führen können, der aber wichtig für die Demokratie ist.

Für das Protokoll

Hans-Dieter Remmers und Paula von Sydow (Kulturbüro der Stadt Oldenburg)